



Newsletter

aus der Arbeit des Kreistages

Der Juni-Newsletter

**Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Göttingen,
liebe Freunde/innen und Bündnispartner/innen,**

Der Kreistag verabschiedete sich mit dem Beginn der Sommerferien in seine Sommerpause. Vorher stand am vergangenen Mittwoch den 21.06. noch eine Sitzung mit ca. 40 Tagesordnungspunkten an. Wieder hieß es für uns 6 die Mehrheit der 67 anderen Kreistagsabgeordneten für unsere politischen Ziele und Ideen zu begeistern.

Die Sommerpause bedeutet aber auch, dass wir ein erstes Fazit ziehen können. Die Kreistagsgruppe aus Linken, Piraten und Die PARTEI, arbeitet jetzt schon ein halbes Jahr im Kreistag zusammen. Wir zeigen immer wieder Alternativen zum Wohl der Bürger auf. Sei es im Kreistag, sei es im Ausschuss. Wir bringen durch Anträge, Anfragen und Redebeiträgen unsere Ideen ein.

Wir mobilisieren für unsere Ideen und Vorstellungen auf unserer [Homepage](#), durch unseren Newsletter, und auf [Twitter](#). Nach den Sommerferien wollen wir auch auf Facebook aktiv werden, Ziel ist es so viele Menschen zu beteiligen wie es geht und die Schwelle dafür niedrig zu halten. Politik lebt vom Mitmachen!

Und wir dringen durch mit unseren Positionen. So wurde in den letzten Monaten deutlich, dass SPD/GRÜNE/FWG uns als Bedrohung auffassen. Sie lehnen unsere Anträge ab, alleine deshalb, weil sie von unserer Gruppe eingebracht wurden.

Bei einer Vielzahl von Abstimmungen gibt es dann sogar die ganz große Koalition von CDU/SPD/Die GRÜNEN und FWG. Nur die FDP macht bei dieser Art der Politik erfreulicherweise nicht mit.

Die AfD ist mit drei Mitgliedern im Kreistag vertreten. Ein paar kurze, mitunter wirre, Redebeiträge im Kreistag und einige Anfragen sind das bisherige Ergebnis dieser Arbeit. Ob die Fraktion etwas will und gegebenenfalls was, ist bisher nicht zu erkennen. Die Krönung ihrer Arbeit war bisher, dass eine der Abgeordneten versuchte festzuhalten, dass sie nicht rechts sei, weil sie für Umweltschutz sei.

Wir freuen uns auf Anregungen und Hinweise für unsere Arbeit in den kommenden Monaten und Jahren. Dafür haben wir ein Formular auf unserer Website eingerichtet. Hier geht es [zum Hinweis & Mitmachformular](#). Gerne könnt ihr auch zu unseren Gruppentreffen kommen, die sind offen für alle. Die Termine und Themen findet ihr auch auf der Website.

Nun wünschen wir euch und uns eine ruhige, sonnige und erholsame Sommerpause und wir starten im August wieder mit voller Kraft.

Mohan - Rieke - Hans-Georg - Eckhard - Konrad - Andreas

Erreicht: Bessere Bezahlung für die Reinigungskräfte!

Die jahrelangen Bemühungen für eine bessere Bezahlung für die Reinigungskräfte im Landkreis hatten endlich Erfolg. Insbesondere den unermüdlichen Bemühungen von Eckhard und Andreas ist es zu verdanken, dass sich die Reinigungskräfte über einen gerechteren Lohn freuen können. [Zu den Details.](#)

Neue Gesamtschulen: Von Rotgrün nicht gewollt?

Unser Gruppenvorsitzender und Bildungsexperte Eckhard hat sich mit der Haltung von Rotgrün im Landkreis zu Gesamtschulen in den letzten Kreistagen auseinandergesetzt und fragt nun ob [Neue Gesamtschulen von Rotgrün nicht gewollt](#) sind?

Im Folgenden werden wir die aus unserer Sicht bedeutendsten Anträge der Sitzung und die wichtigsten Aspekte bei ihrer Behandlung im Kreistag darstellen. Die Reihenfolge der Anträge im Newsletter folgt diesmal nicht der Reihenfolge in welcher die Anträge in der Sitzung aufgerufen wurde. Einen Überblick über die komplette Tagesordnung mit allen Punkten findet Ihr auf der [Seite des Landkreises](#).

Resolution zum AKW Grohnde mit großer Mehrheit verabschiedet (TO 31)

Wir haben am 31. Jahrestag des Unglücks von Tschernobyl eine Resolution eingebracht, dass sich unser Kreistag aktiv dafür einsetzen möge, das unsichere, störungsanfällige Kernkraftwerk in Grohnde endgültig vom Netz zu nehmen.

Dieser Antrag wurde mit einer breiten Mehrheit in der letzten Sitzung beschlossen.

Mohan brachte unseren Antrag ein und sprach in seiner emotionalen Begründungsrede über seine eigenen Erfahrungen zurzeit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und berichtete dann davon, dass sie nicht wussten damals in der Nähe von Prypjat geschah, nämlich

"[...] dass im Kernkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine ein sogenannter GAU geschah. Durch einen Fehler in den Betriebsabläufen. Die nicht mehr zu handhaben waren.

Die Radioaktivität stieg hier bei uns in Niedersachsen in wenigen Tagen auf das 1000-fache des sogenannten Normalwertes. Dieser Normalwert setzt sich aus den Resten der Atomtests in den 60iger-Jahren des letzten Jahrhunderts und der Belastung durch den Normalbetrieb der Atomkraftwerke zusammen. Die natürliche Strahlung der Atmosphäre wird dabei nicht berücksichtigt."

SPD und Grüne und FDP pflichteten bei, dass so etwas nie mehr geschehen sollte und Grohnde als eines der ältesten Kraftwerke eine latente Gefahr darstelle. Die weitere Beratung fand dann im Umweltausschuss statt, wo die Argumente intensiv ausgetauscht wurden. Einig die CDU meinte, dass wir ruhig 4 Jahre mit der Gefahr leben könnten, denn die Techniker hätten schon alles im Griff.

Doch 2014 wurden nach erfolgter Revision, kurz vor dem Anfahren, Schäden entdeckt, die mit Filzschusterei in Stand gesetzt wurden. Die Göttinger Anti-Atom-Initiative deckte das damals auf. Stefan Wenzel, schon Umweltminister, teilte uns damals mit, dass der Druck aus der Wirtschaft so hoch gewesen sei, dass er die technisch notwendige Stilllegung nicht anordnete. Die Argumente für eine möglichst frühe Stilllegung überwogen und so ging die Empfehlung an den KA und KT dem Antrag zuzustimmen. So kam es dann auch im KA, dass die Mehrheitsgruppe und unsere Kreistagsgruppe dafürstimmten - wiederum stimmte die CDU dagegen.

Das hielt sich auch in der Kreistagssitzung: CDU dagegen, alle anderen dafür.

Das Ergebnis ist wirklich erfreulich. Die Kreistagsversammlung hat mit Mehrheit den Grünen-Umweltminister Stefan Wenzel und die SPD-Bundesumweltministerin Barbara Hendricks aufgefordert alles zu tun, um eine sofortige Stilllegung des maroden Kraftwerkes Grohnde umzusetzen. Wie es die Umweltverbände schon seit langem fordern.

Lernort für Demokratie wird abgelehnt (TO 19)

Die wichtige Idee für den Lernort für Demokratie hat im Kreistag leider keine Unterstützung bei den anderen Fraktionen gefunden. Die Ausstellung zur "Zwangsarbeit in Südniedersachsen" in der BBS II, Göttingen als Erinnerungsort und "Lernort für Erinnerung" sollten um einen "Lernort für Demokratie" ergänzt werden. Damit sollte erreicht werden, dass auch eine intensivere Auseinandersetzung mit aktuellen rechten und demokratiefeindlichen Bewegungen am selben Ort stattfindet.

Ursprünglich stammt die Idee für einen "Lernort für Erinnerung und Demokratie" aus Hannover. Dort wurde die Schaffung einer solchen Einrichtung von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebracht. Die Umsetzung ist in Hannover für das Jahr geplant.

Stimmige Argumente gegen den Antrag gab es nicht. Eine erkennbare Begründung der Meinung der anderen Parteien fehlte. Eher konnte nach den Reden von SPD und GRÜNEN der Eindruck gewonnen werden, man müsste inhaltlich eigentlich dafür sein. Trotzdem wurde am Ende der Debatte der Antrag unserer Gruppe abgelehnt.

Diese Entscheidung des Kreistages ist natürlich ein Rückschlag. Es ist aber falsch zu denken, dass das Thema damit erledigt ist.

Wir stehen hinter dieser Idee. Wir stehen hinter der Notwendigkeit. Daher planen wir nach der Sommerpause eine Info-Veranstaltung zum "Lernort für Erinnerung und Demokratie". Hierzu sollen auch Vertreter/innen aus Hannover eingeladen werden.

Demografischer Wandel - Landkreis muss aktiv werden (TO 8)

Unser Antrag für eine aktive Rolle des Landkreises bei der Gestaltung des Demographischen Wandels wurde abgelehnt.

Dieses Ergebnis ist schon merkwürdig, denn in den Wahlprogrammen von SPD und Bündnis90/Die Grünen wird gerade diese aktive Rolle gefordert. Viele der Ideen aus unserem Antrag finden sich so in den Wahlprogrammen dieser Parteien wieder.

Wir fordern, dass der Landkreis die Gemeinden und Städte unterstützt. Gerade bei Projekten wie der Einrichtung und Unterhaltung von Dorfläden, der Umnutzung von geeigneten öffentlichen Gebäuden zu Tagespflegeeinrichtungen und die Nutzung von Flächen in den Ortskernen für Wohnbebauungen.

Außerdem wollten wir mit unserem Antrag ein Förderprogramm für junge Familien, die alte Gebäude kaufen, anschieben. Denn derzeit, wird in vielen Dörfern eher die Forderung nach Neubaugebieten laut. In der Folge veröden Ortskerne weiter und an den Dorfrändern werde "schicke Neubaugebiete" erschlossen, die unsinnige Kosten an Fläche und Natur fordern. Dieser Entwicklung wollten wir mit dem Antrag entgegenwirken.

Es zeigt sich auch bei diesem Antrag wieder, dass bei allen Punkten, die von CDU oder unserer Gruppe eingebracht werden, das Argument kommt von SPD/GRÜNEN/FWG, dass der Landkreis Göttingen hierfür kein Geld hat.

Ein reines, blankes und höhnisches Totschlargument, denn aus den Haushaltsjahren 2014 und 2015 gibt es einen Überschuss von 19 Millionen Euro. Über die Verwendung dieses Geldes ist noch immer nicht entschieden worden. Momentan gibt es also Geld zur politischen Gestaltung. Man muss nur Politik gestalten wollen.

Zusätzlich bitter kann es bei diesem Thema werden, da wir erwarten, dass ein ähnlicher Antrag eingebracht wird. Nur der Briefkopf wird sich ändern. Mit solchen Spielen wird nur Zeit vergeudet, was ausschließlich auf Kosten der Bürger und ihrer Lebensqualität geht.

Debatte über Afghanistan-Abschiebungen und Aufnahme von 50 Flüchtlingen abgelehnt (TO 14 & TO 23)

Auf mehrheitliche Empfehlung des Kreisausschusses wurde unser Antrag auf Verabschiedung einer Resolution gegen Abschiebungen nach Afghanistan von der Tagesordnung genommen. Gewisse Vorbehalte waren schon bei der Einbringung der Resolution im April deutlich. Doch hat der Grünen-Abgeordnete Dietmar Linne deutlich gemacht, dass ein Signal gegen die menschenverachtende Asylpolitik der Bundesregierung angebracht wäre.

Nichts davon war nun im Kreisausschuss und in der Kreistagssitzung zu hören. Doch wir sind weiterhin der Meinung, dass eine Diskussion im Kreistag notwendig wäre, und zwar aus folgenden Gründen:

- hier im Landkreis Göttingen leben Menschen aus Afghanistan, die es unmittelbar betreffen kann - im übrigen war wieder ein Abschiebe-Flieger nach Afghanistan angekündigt.
- als Landkreis sind wir im Rahmen des Abschiebe-Verfahrens unmittelbar einbezogen und aktiv tätig.
- Es gibt im Landkreis eine Menge Menschen, die politisch von uns - von ihren Abgeordneten - eine Position erwarten.
- Eine Resolution ist eine auf einem Beschluss beruhende Erklärung, in der bestimmte Forderungen erhoben werden.

Warum sollten wir uns als Kreistag also einer Forderung enthalten?

Wir als Landkreis können (wie wir es in anderen Fällen, wie zum Beispiel beim AKW Grohnde, ja auch schon gemacht haben) Forderungen erheben, auch wenn sie nicht unmittelbar in unserem juristischen Zuständigkeitsbereich liegen. Insbesondere dann, wenn sie uns dennoch betreffen! Das ist Aufgabe der Politik und der politischen Gremien. Menschen erwarten unsere Position. Das Thema ist aktuell und brisant, es hätte JETZT behandelt werden müssen. Die emotionale Rede von Mohan zu der Absetzung der Resolution von der Tagesordnung könnt ihr nachlesen auf unserer [Homepage](#). Unseren Antrag 50 Flüchtlingen aus den Militär-Camps in Griechenland bei uns im Landkreis einen sicheren Lebensort zu bieten, wurde mehrheitlich abgelehnt. Lediglich unsere Gruppe und einige Abgeordnete mit Gewissen stimmte dafür oder enthielten sich. Dieser Antrag hätte es ermöglicht es durch demonstrative Humanität Menschlichkeit zu zeigen: 50 Flüchtlinge aus Griechenland zusätzlich zum Kontingent im Landkreis aufzunehmen.

Das ist eine Schande für unseren Kreistag!

Es ist sogar richtig beschämend aus mehreren Gründen: Zum einen steht Deutschland vor einem Vertragsverletzungsverfahren der EU, weil es seine Zusagen im Relocation-Programm nicht einhält. Eine Bereitstellung durch Kommunen wäre hier ein wichtiges Zeichen und würde einen entsprechenden Druck aufbauen seine Verpflichtungen gegenüber der EU und insbesondere Menschlichkeit doch noch zu erfüllen.

Zum anderen aber auch, weil wir bei uns im Landkreis den Raum dafür hätten und die Finanzierung gesichert ist. Es würde den Landkreis nicht mehr kosten, viel mehr würden die bestehenden Kapazitäten ausgenutzt.

Zum Dritten ist es einfach ein menschlicher Imperativ dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele Menschen in Freiheit und Frieden leben können. Wenn wir dazu beitragen können, noch dazu so einfach, dann müssen wir das tun.

Der Veruch der Grünen-Fraktion durch einen Änderungsantrag (der besagte nur Familienzusammenführung zuzulassen) ist nobel, aber leider nicht erfolgreich gewesen. Soweit reicht offenbar deren Guppenvereinbarung offenbar nicht, dass sie auch Menschlichkeit umfasst. Dabe wäre dieser Familienzuzug nach Art. 6 GG, Art 7 derEU Grundrechtcharta und Art. 8 der EU Menschenrechtskonvention geboten und beendete wenigstens in Einzelfällen besondere humanität Not. Familienzuzug war für Familien einer der letzten sicheren Fluchtmöglichkeiten, dieser ist per Gesetz der großen Koalition versperrt worden. Wir hätten als Kreistag in diese Sperre wenigstens in Einzelfällen einen Spalt der Hoffnung hauen können. Der Kreistag hat es mehrheitlich nichttun wollen.

Unsere PM dazu ist natürlich auch auf der [Homepage](#) zu finden.

Kontaktadressen unserer Kreistagsabgeordneten und Mitarbeiter

Abgeordnete:

Dr. Eckhard Fascher (Gruppenvorsitzender), Email: fascher@linke-piraten-partei.de

Andreas Gemmecke, Email: gemmecke@linke-piraten-partei.de

Konrad Kelm , Email: kelm@linke-piraten-partei.de

Dr. Mohan Ramaswamy, Email: mkr@linke-piraten-partei.de

Hans-Georg Schwedhelm , Email: schwedhelm@linke-piraten-partei.de

Rieke Wolters , Email: rieke@linke-piraten-partei.de

Mitarbeiter:

Dietmar Reitemeyer, Email: dietmar.reitemeyer@die-linke-goettingen.de, Tel.: 0551 - 525-2108

David Fuchs, Email: david.fuchs@linke-piraten-partei.de Tel.: 0551 - 892 47244

Jeden Montag ab 16:30 findet im Kreishaus in Göttingen (Reinhäuser Landstr. 4) die öffentliche Gruppensitzung statt. Jede und jeder Interessierte ist herzlich eingeladen uns zu besuchen.

Ausgabe: (4) 28.06.2017

Herausgeber: LINKE PIRATEN PARTEI +
Gruppe im Kreistag Göttingen

Sie erhalten diese Email, da sie auf dem Verteiler der Kreisgruppe stehen. [Tragen Sie weitere Emailadressen ein](#) oder [tragen Sie sich aus.](#)

LINKE PIRATEN PARTEI + Kreistagsgruppe

Reinhäuser Landstr. 4

37083 Göttingen

<http://linke-piraten-partei.de>